

Barack Obama hat Sinn für Symbolik. Im Februar 2007 rief der junge Senator aus dem Mittleren Westen seine Präsidentschaftskandidatur vor dem Old State Capitol in Illinois aus, wo einst Abraham Lincoln seine politische Karriere begonnen hatte. Von Anfang an war klar, dass der 45 Jahre alte Demokrat sich nicht mit dem Klein-Klein der Tagespolitik zufriedengeben wollte. „Es ist Zeit, eine neue Seite aufzuschlagen“, so der Hoffnungsträger damals. Bis heute denkt Obama in großen Linien. Im Laufe zweier Amtszeiten wollte er sein Land, wie einst der Republikaner Ronald Reagan in den 1980er Jahren, einer Erneuerungskur unterziehen und es auf eine progressive Spur für das 21. Jahrhundert setzen.

Misst man Obama an seinem eigenen Anspruch, das Land, seine politische Kultur, aber auch die Weltpolitik von Grund auf zu ändern, fällt die Bilanz des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten durchwachsen aus. In deutlich günstigerem Licht erscheint indes seine Präsidentschaft, wenn man den Kontext seiner Regierungszeit und die Leistungen seiner Vorgänger heranzieht.

Im Januar 2009, knapp zwei Jahre nach seiner Kandidatur, übernahm Obama die Präsidentschaft in einer schwierigen Lage. Innenpolitisch verfügte er über wenig Erfahrung, in der Außenpolitik war er ein Neuling. Er erbe zwei Kriege und ein hartnäckiges Terrorismusproblem von seinem Vorgänger George W. Bush, dazu die schwerste Rezession seit den 1930er Jahren und eine für amerikanische Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit von mehr als zehn Prozent.

Entsprechend hoch waren die Erwartungen. Obamas Wahlkampflogos von Hoffnung und Wandel fielen auf ihn zurück; seine Anhänger sahen in ihm den Heilsbringer, nicht so sehr den Spitzenpolitiker, der in zahllose Sachzwänge eingebunden ist. Auch in Deutschland flogen dem begnadeten Redner die Herzen zu, und mit ihm stieg auch sein Land in der Gunst der Deutschen rasch aus dem tiefen Tal hervor, in das es während Bushs Ägide gestürzt war. Schon wenige Wochen nach Obamas Amtsantritt hatten 78 Prozent der Befragten hierzulande eine positive Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten.

Wenn Obama in dieser Woche das Weiße Haus verlässt, dann liegen seine persönlichen Beliebtheitswerte in den Vereinigten Staaten nach acht Jahren bei 60 Prozent – genug, um sich ein drittes Mal zum Präsidenten wählen zu lassen, wäre das zulässig. Die meisten Amerikaner mögen ihn, mögen seine Familie und mögen vieles an seiner Politik. Sie schätzen es, dass Obama in seiner Zeit im Amt frei von Skandalen geblieben ist. Die Tragik des einstigen Hoffnungsträgers besteht darin, sich gerade in den beiden zurückliegenden Jahren durch seine Amtsführung ein solides Vertrauen auch bei manchen Kritikern erarbeitet, aber sein politisches Vermächtnis nicht gesichert zu haben.

Hillary Clinton, die vom Präsidenten und der First Lady unermüdlich im Wahlkampf unterstützt wurde, hätte an viele seiner Projekte angeknüpft. Donald Trump und die Kongressrepublikaner hingegen denken laut darüber nach, Obamas politisches Erbe auszuarbeiten. Innenpolitisch steht hierfür mehr als alles andere das im März 2010 vom Kongress verabschiedete Gesundheitsreformgesetz, der „Patient Protection and Affordable Care Act“, besser bekannt als Obamacare.

Eines der wichtigsten Ziele der Gesundheitsreform war es, den Anstieg der Kosten im teuersten Gesundheitswesen der Welt zu dämpfen. Gleichzeitig sollte die Gesundheitsversorgung auf möglichst viele Bürger ausgedehnt werden, die bislang nicht krankenversichert waren. Neu und besonders umstritten war die Verpflichtung für all jene, sich als Einzelpersonen zu versichern, die keinen automatischen Versicherungsschutz etwa über den Arbeitsplatz, als Rentner oder als Sozialhilfeempfänger hatten. Dazu wurden seit November 2013 in den Bundesstaaten internetbasierte Versicherungsbörsen eingeführt. Staatliche Zuschüsse machen den Abschluss privater Policen auch für ärmere Amerikaner erschwinglich.

Des Weiteren wurden die Krankenversicherungen dazu verpflichtet, Kinder bis zum Alter von 26 Jahren in der Familienversicherung zu belassen. Schließlich untersagte es Obamacare den Versicherern, Personen mit Vorerkrankungen den Versicherungsschutz zu verweigern oder ihnen Zuschläge in Rechnung zu stellen. Gerade die letztgenannten Reformelemente sind in der Bevölkerung sehr beliebt und wurden selbst vom gewählten Präsidenten Trump, der das Gesamtpaket abschaffen und ersetzen will, per Twitter als erhaltenswert bezeichnet.

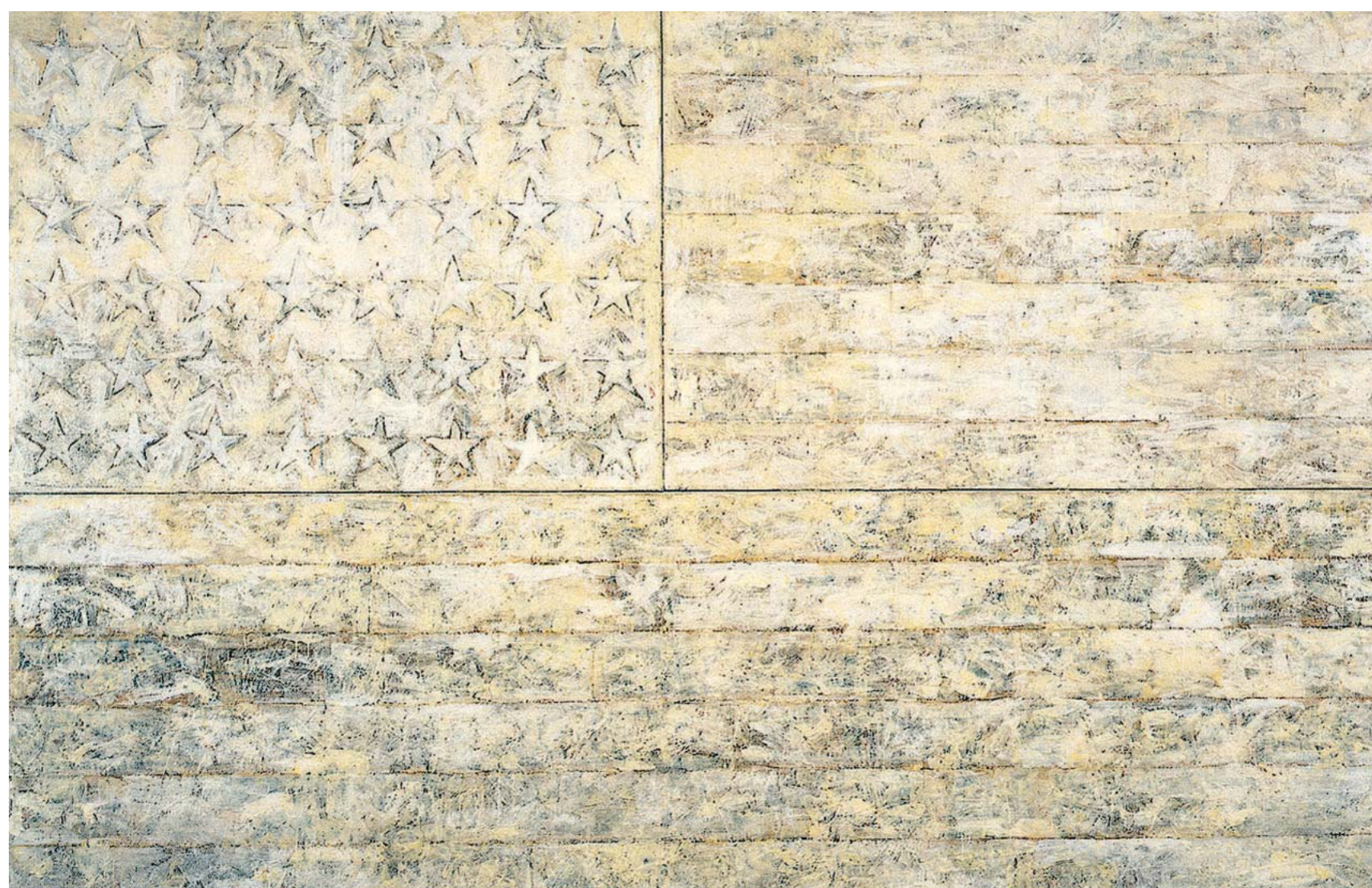
Gut drei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reform ist die Bilanz durchwachsen. Zwar ging der Anteil der Erwachsenen im Alter von 18 bis 64 Jahren ohne Krankenversicherung von 18,1 Prozent im Jahr 2013 auf zehn Prozent im Jahr 2016 zurück. Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der Gesundheitsausgaben von 9,9 Prozent (2008) auf 6,8 (2015). Doch droht an anderer Stelle Unheil. Da sich unter den 20 Millionen Neuversicherten viele sogenannte „schlechte Risiken“ und zu wenige junge und gesunde Menschen befinden, haben viele Versicherungen ihre Tarife zu niedrig kalkuliert.

In der Folge kündigten die Anbieter alte, für die Versicherten günstige Policen, um darüber hinaus hohe Selbstbehalte zu verlangen, Leistungen zu kürzen und in einigen Bundesstaaten auch drastische Prämienhöhungen vorzunehmen. Damit konnte Obama ein wesentliches Versprechen der Reform nicht erfüllen. Nach seinen Worten hätten sich für die Bestandskunden der Krankenversicherungen – einschließlich der in dem Pro-

Vom Hoffnungsträger zum Entzauberten

Der erste Präsident afroamerikanischer Abstammung wollte so viel erreichen: Die Ungleichheit verringern, die Lage der Minderheiten im Land verbessern, eine neue Einwanderungspolitik betreiben, den Schutz der Umwelt verbessern und den Vereinigten Staaten in der Weltpolitik eine neue Rolle zuweisen. Was ist aus den hochfliegenden Erwartungen geworden, die Barack Obama selbst geschürt hat?

Von Dr. Tobias Endler und Dr. Martin Thunert



gramm Medicare staatlich versicherten Rentner – keine Verschlechterungen ergeben dürfen. Andererseits hat Obamacare eine Menge Positives bewirkt; die bereits nach drei Jahren entfaltete Tiefenwirkung in der Gesundheitsversorgung erscheint nahezu unumkehrbar. Wichtiger noch: Das Grundprinzip der Reform, höhere Qualität zu niedrigeren Kosten zu erbringen, dürfte die angekündigte Rücknahme des Gesetzes durch die Kongressmehrheit der Republikaner überleben.

Trotzdem ist Obamas Gesundheitsreform in der bestehenden Form politisch akut gefährdet. Schon die Rücknahme der Versicherungspflicht könnte dazu führen, dass das komplexe Gebäude einstürzt. Die Fülle der staatlichen Auflagen und Regulierungen von Obamacare hat überdies den reflexhaften Widerstand der traditionell marktliberal und antistaatlich denkenden Konservativen im Kongress hervorgerufen. Ein Zurück zu der Kostenexplosion vor der Reform wird es aber eher nicht geben, da der eingeleitete Richtungswechsel in der Krankenversicherung überparteiliche Unterstützung genießt. Niemand sehnt sich nach den Zeiten zurück, in denen die Notaufnahmen der Krankenhäuser von Nichtversicherten und ungeduldeten chronisch Kranken blockiert wurden. Es ist durchaus denkbar, dass Obamacare in seiner Substanz überlebt – unter neuem Namen, ausgestattet mit mehr Marktelementen und technischen Verbesserungen.

Barack Obamas Präsidentschaft war bereits im Moment seiner Wahl am 3. November 2008 historisch. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte sollte ein Mann ins Weiße Haus einziehen, der sich als Afroamerikaner sah. Doch Obama – der Sohn einer weißen Mutter und eines schwarzen Vaters aus Kenia – war nicht angetreten, um der Präsident der schwarzen Amerikaner zu werden. Sein Anspruch war der eines Versöhners, der dazu beitragen würde, die Gräben in der Gesellschaft zu überbrücken: die entlang der Hautfarbe, die zwischen den konservativen und progressiven Enden des politischen Spektrums, die zwischen dem kleinstädtisch-ländlichen und dem urbanen Amerika.

Vor kurzem hat Obama eingestanden, dass ihm diese Versöhnung nicht gelungen sei. Tatsächlich äußern schwarze und weiße Amerikaner am Ende der Ära Obama gänzlich unterschiedliche Einschätzungen des aktuellen Stands der Beziehungen zwischen den Hautfarben. Die eine Hälfte der Weiblen sagt, die Beziehungen seien schlecht, die andere Hälfte hält sie für gut. Dagegen bezeichnen zwei von drei Schwarzen die Beziehungen als eher schlecht. Ähnlich unterschiedlich sehen beide Gruppen Obamas persönliche Bilanz hinsichtlich der „race relations“. Eine Mehrheit der Amerikaner gesteht dem Präsidenten

zu, immerhin versucht zu haben, die Zustände zu verbessern. Eine knappe Mehrheit der Schwarzen glaubt mit ihrem Präsidenten, dass sich die Beziehungen zwischen den Bürgern verschiedener Hautfarbe wirklich verbessert haben. Demgegenüber wirft ein Viertel der Amerikaner dem scheidenden Präsidenten vor, letztlich zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen zu haben.

Unumstritten ist hingegen Obamas Fähigkeit, Menschen mitzureißen. Wie kein Politiker vor ihm hat er die Minderheiten generell politisch enorm mobilisiert, insbesondere die schwarze Bevölkerung. Von der Verbesserung der Lage der Wirtschaft wie des Arbeitsmarkts sowie von der Gesundheitsreform haben gerade die sozial eher schwächeren Minderheiten der Schwarzen und Latinos profitiert. Gleichwohl sind beide Gruppen in fast allen relevanten Statistiken auch nach acht Jahren Obama deutlich erkennbar: Im Vergleich zu den Weißen, aber auch den Menschen asiatischer Herkunft ist bei den African-Americans und Hispanics das Bildungsniveau niedriger, die Arbeitslosigkeit höher, die Anzahl der Hauseigentümer geringer. Das Vertrauen der Minderheiten in Obama ist groß, die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage sehr oft nicht.

Die Unzufriedenheit hat gerade bei den schwarzen Amerikanern nicht nur wirtschaftliche Gründe. In den Feldern Justiz und innere Sicherheit ist das Verhältnis zwischen jungen schwarzen Männern und staatlichen Autoritäten weiterhin gespannt. Ungeachtet großangelegter Reformen der Polizeikräfte in den Großstädten fühlen sich die meisten African-Americans von lokalen Ordnungskräften schikaniert. Auf ein Dutzend weltweit bekanntgewordener Fälle von Tötungen schwarzer Bürger durch die Polizei folgten im Sommer 2016 Morde an Polizisten. Das Klima zwischen den Hautfarben hat sich in den beiden letzten Amtsjahren Obamas deutlich verschlechtert. Viele haben überschätzt – wobei sie sich durch Obamas visionäre Ankündigungen animiert fühlen konnten –, welche Möglichkeiten selbst ein charismatisches Staatsoberhaupt wie Obama hat, um die teilweise rassistisch motivierten Übergriffe zu unterbinden oder gar die generelle soziale Lage innerhalb zweier Amtszeiten zu verbessern.

Obama stand von Beginn seiner Amtszeit an nicht nur innenpolitisch unter Druck. Er war gleichzeitig in der Pflicht, sein Land auch außenpolitisch bestmöglich zu positionieren.

Im Frühling 2014 befand sich der Präsident mit einem Tross Journalisten an Bord der Air Force One auf dem Rückflug aus Asien. Der Druck hatte zugenommen. In der Hitze des Gefechts reduzierte Obama seine außenpolitischen Leitlinien auf ein

bemerkenswert kurzes Konzept: „Don't do stupid stuff“ – „Mach keinen Mist.“ Tatsächlich hatte sich das Staatsoberhaupt für eine deutlich pointiertere Formulierung entschieden, welche durch die Presse später entschärft werden musste. Doch ist der diplomatische Fehltritt nachvollziehbar, wenn man sich die Herkulesaufgaben vor Augen führt, die Obama auf internationalem Parkett bewältigen musste.

Die saloppe Kurzformel trifft Politikverständnis und Stil Obamas ziemlich genau. Aller visionären Rhetorik zum Trotz war er von Anfang an ein Manager der Macht, einer, der sein Land geführt hat wie ein Unternehmen, dessen Performance es zu optimieren gilt. Entsprechend entschieden und stets pragmatisch hat der Präsident, quasi als Geschäftsführer der Weltmacht, das Portfolio Amerikas geordnet. Heute schon beinahe vergessen ist die komplexe Ausgangslage, der sich der außenpolitisch gänzlich unerfahrene Präsident zu Beginn seiner ersten Amtszeit gegenüber sah: Kriege in Afghanistan und im Irak, die anhaltende Bedrohung durch den fundamentalistischen Terror (Bin Ladin war zu diesem Zeitpunkt noch auf freiem Fuß), ein ebenso ambitionierter wie machtbesessener asiatischer Riese China.

Unter Obamas Führung hat das Land einige geostrategische Lektionen gelernt, denen sich die Bush-Regierung noch verweigert hatte. Womöglich aus der vorteilhaften Warte des Nachfolgers heraus hat es die Regierung vermieden, in weitere Kampfhandlungen und Krisenherde verwickelt zu werden, nachdem oder gar bevor die Kriege anderswo beendet waren. Den Terrorismus hat Obama früh als hochgefährliches globales Phänomen unserer Zeit identifiziert. Kaum etwas steht so sehr für den nüchternen Problemlösungsmodus des Präsidenten wie seine Gegenstrategie: der gegenüber Bush verachtete Einsatz von Kampfdrohnen. Obamas Spezialkommandos gingen „robust“ vor, etwa bei der Tötung Bin Ladins, geschehen ohne Wissen oder gar Genehmigung Pakistans. Doch auch Verhandlungserfolge gibt es vorzuweisen: Das Atomabkommen mit Iran ist ein Meilenstein. Gleichzeitig ist es ein Symbol dafür, wie sich Amerika schrittweise aus seiner kostspieligen Verwicklung in der chronisch konfliktbehafteten Region löst und dabei auch auf israelische Empfindlichkeiten nur bedingt Rücksicht nimmt.

Über diesen Wegmarken ist es leicht, den größeren Rahmen zu übersehen, der das Bild einer schrittweisen Entkoppelung Amerikas und des Nahen Ostens einfasst. Obama hat seinem Land eine langfristige Gewichtsverlagerung hin in den asiatisch-

pazifischen Raum verordnet – wirtschaftlich, militärisch, geostrategisch. Aus amerikanischer Sicht ist dieser Schwenk, der mittlerweile als „Neubalancierung“ bezeichnet wird, nur logisch. Die Vereinigten Staaten können in Fernost künftig nur dann Einfluss ausüben, wenn China eingeehrt wird. Dieser wichtigsten Aufgabe aus Sicht Washingtons steht derzeit als dringlichste Herausforderung der Nahe Osten gegenüber.

Zwar können sich die Amerikaner nicht so schnell von diesem Krisenherd entfernen, wie es ihnen recht wäre, doch haben sie unter Obama gezielt daran gearbeitet. Abhängigkeit bemisst sich für die Weltmacht in Barrel, auch deshalb bemüht sich Amerika verstärkt um Gas- und Ölverträge auf eigenem Boden. Hochrechnungen zufolge werden sich die Vereinigten Staaten in 25 Jahren mit Energie komplett selbst versorgen können.

Auch in anderer Hinsicht ist die globale Präsenz der Vereinigten Staaten mit enormen Kosten verbunden, sei es der Tod von Soldaten, sei es die Bürde für die Steuerzahler zu Hause. Schon 2014, zur Mitte von Obamas zweiter Amtszeit, fielen die Umfragen eindeutig aus: Damals wünschten sich acht von zehn Amerikanern einen kompletten Rückzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan. Weitere Aktionen in der Ukraine oder gar ein Eingreifen in Syrien unterstützten gerade einmal 17 beziehungsweise 15 Prozent der Bevölkerung. Beinahe drei Viertel der Amerikaner sind generell dagegen, militärisch vorzugehen, solange die eigene nationale Sicherheit nicht unmittelbar bedroht ist.

Obamas Leitlinien spiegeln die Präferenzen dieser Mehrheit. Sein nüchterer Abgleich von Interessen mit den Kosten und Risiken eines jeden Engagements der Vereinigten Staaten trat gerade beim Thema Syrien scharf hervor. Was als zynische Indifferenz oder Konzeptionslosigkeit gegenüber dem Morden Assads an der eigenen Bevölkerung erschien, war aus Obamas Sicht knallharter Pragmatismus, gespeist aus den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit. Im Irak ging die Strategie bis heute nicht auf, militärisch einzugreifen und gleichzeitig auf einen Systemwechsel hinzuwirken. In Libyen beteiligten sich die Amerikaner daraufhin an den Militärationen, hielten sich aber in Sachen Demokratisierung und Aufbau dezidiert zurück; heute ist das einstige Reich Gaddafis dabei, im Bürgerkrieg zu versinken.

Syrien steht aus Sicht Washingtons für die dritte Variante: kein militärisches Eingreifen, keine Systemveränderungen. Selbst als Assad mehrfach die roten Linien übertrat, die Obama in den Wüstensand Syriens gezeichnet hatte, blieb das angekündigte Bombardement aus. Zu hoch der potentielle Preis für die Amerikaner, zu nied-

rig der ausgelobte Gewinn. Langfristig, so nahmen die Obama-Strategen an, werde die Abhängigkeit ihres Landes vom Nahen Osten ohnehin abnehmen. Damit fiel der zentrale Grund für ein Engagement in dieser Region weg.

Die Bedrohung durch Terror, welche sich nicht auf die Region beschränkt, bleibt freilich bis auf weiteres erhalten. Die Amerikaner haben sich schnell auf die jüngste Volte eingestellt und die Gefahr erkannt, die damit einhergeht, dass der Terror sich mit dem sogenannten IS einen eigenen Staat geschaffen hat. Damit wird er einem klassischen staatlichen Gegner samt identifizierbarem Territorium mit Hauptstadt, Ressourcen und Truppen wieder ähnlicher; der Kreis schließt sich. Trumps martialische Ankündigungen, den IS in Grund und Boden zu bomben, lassen nicht erwarten, dass das Gebiet zur Ruhe kommt.

Nicht erst beim Thema IS sollte den Europäern klargeworden sein, dass Amerika nicht mehr bereit (und vielleicht auch nicht mehr in der Lage) ist, derartige sicherheitspolitische Herausforderungen allein zu bewältigen, schon gar nicht, wenn sie sich vor der europäischen Haustüre stellen. Während Trumps Infragestellung der Teilung der Kosten innerhalb der Nato gerade den Deutschen noch aus dem Wahlkampf in den Ohren klingte, hatte Obamas damaliger Verteidigungsminister Robert Gates die Europäer schon im Jahr 2011 aufgeschreckt: Die „harte Wahrheit“, so Gates, sei, dass der amerikanischen Seite schlicht „die Lust und die Geduld“ ausgingen, weiterhin Mittel für andere auszugeben, die „offenkundig unwillig sind, die notwendigen Ressourcen aufzuwenden oder die nötigen Veränderungen vorzunehmen“. Nur so könnten sie als ernstzunehmende Nato-Partner der Vereinigten Staaten gelten, was schließlich ihrer eigenen Sicherheit diene.

Dieses des Atlantiks sorgten sich daraufhin manche Verbündete derart um ihr Ansehen in Washington, dass die damalige Außenministerin Hillary Clinton auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2012 versicherte, man werde in jedem Fall „Freunde bleiben“. In der Folge schlugen die Europäer jedoch weder in der Griechenland-Krise noch in der Brexit-Frage den Weg ein, den sich die amerikanische Regierung gewünscht hätte.

So ließ sich während Obamas zweiter Amtszeit beobachten, wie der Stellenwert Europas entgegen anderslautenden amerikanischen Beteuerungen abnahm. Der alte Kontinent ist aus der Sicht Washingtons zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt, als dass er als Global Player auftreten könnte. Dabei hatten die Politikplaner der Obama-Administration es darauf angelegt, Deutschland zum bevorzugten Ansprechpartner in Europa zu machen. Obamas vormaliger Nato-Botschafter Ivo Daalder hielt Deutschland gar für die europäische Führungsnation des frühen 21. Jahrhunderts.

Fünfundzwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges wollte Obama gemeinsam mit diesem Europa das transatlantische Verhältnis auf eine neue Ebene heben. Als handelspolitische Folie für diese zentrale geostrategische Verbindung war TTIP gedacht, der Entwurf zu einer großen atlantischen Freihandelszone. Obama sah in TTIP und dem zuvor ausverhandelten Schweserpart Transpazifische Partnerschaft (TPP) Abkommen neuartige Präzision; er wollte Sozial- und Umweltstandards setzen, die für alle künftigen Handelsabkommen weltweit verbindlich wären. Nach Ansicht des Präsidenten sollten sich wirtschaftliche Riesen wie China diesen Mindeststandards unterwerfen, sobald sie etwa dem TPP-Abkommen betreten würden. Widerstand gegen Obamas Pläne gab es nicht nur in Europa. Im Wahlkampf positionierten sich sowohl Hillary Clinton als auch Donald Trump dezidiert gegen TTIP und den Freihandel generell. Ein zentrales Projekt der Ära Obama, das nicht zuletzt die Handlungsfähigkeit des Westens verbessern sollte, bleibt somit unvollendet.

Von wenigen Einschränkungen abgesehen, überlässt der vierundvierzigste Präsident dem fünfundvierzigsten das Land in deutlich besserem Zustand, als er es übernommen hatte. Aber Obama, so viel wurde in seiner hochemotionalen Abschiedsrede in Chicago klar, hat das Land in den acht Jahren seiner Präsidentschaft nicht dorthin geführt, wo er es im Jahr 2017 sehen wollte: bei der Verringerung der Ungleichheit, bei den Beziehungen zwischen Minderheiten und weißer Mehrheitsgesellschaft, beim Thema Einwanderung und beim Umweltschutz hat er die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht und die hochfliegenden, von ihm selbst geschürten Erwartungen enttäuscht. Dasselbe gilt für die neue Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt, jenseits von interventionistischer Weltpolitik und isolationistischem Rückzug.

Die Verantwortung dafür, die Vereinigten Staaten in der von ihm eingeschlagenen Richtung weiter zu verändern, legte der scheidende Präsident nicht in die Hände seines Nachfolgers, auch nicht in die Hände seiner von der Macht verdrängten Demokratischen Partei. Er legte sie in die Hände des amerikanischen Volkes. Obamas Hoffnung, dass der von ihm eingeleitete Wandel weitergeführt wird, ruht insbesondere auf dem jungen und bunten Amerika, das ihn zweimal gewählt hat. Sein Appell zum Abschied: „Zeigt euch, mischt euch ein, haltet durch. Yes, we can, yes, we did.“

Tobias Endler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Heidelberg Center for American Studies (HCA) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Martin Thunert dortselbst Dozent.

Jasper Johns, White Flag, 1955 © VG Bild-Kunst, Bonn 2017